

NDR Info Podcast

16.01.2021 /19.35-20.00 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

17.01.2021 /12.35-13.00 Uhr

Andreas Flocken/Christoph Prössl

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Themen:

- Sturm auf das Kapitol - mit Folgen für Bidens Außen- und Sicherheitspolitik?
- SCHWERPUNKT
„Atomwaffenverbotsvertrag tritt in Kraft - Irrweg oder Schritt zur Überwindung der nuklearen Abschreckung?“
- SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN
 - Deutsch-französisches Kampfflugzeug FCAS in Turbulenzen?
 - Open Skies-Vertrag - Steigt auch Russland aus?
 - Wahljahr 2021- SPD-Neuorientierung in der Sicherheitspolitik?

Abschrift Schwerpunkt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Flocken [0:00:00]:

Willkommen zu unserem Podcast erstmals in einer neuen Form. Ich bin Andreas Flocken. Mit mir im Studio sitzt mein Kollege Christoph Prössl, hallo Christoph.

Prössl [0:00:09]:

Ja, hallo Andreas und ein herzliches Willkommen allen Hörerinnen und Hörern. Streitkräfte und Strategien jetzt als Podcast viel dialogischer, ich hoffe, euch gefällt es.

Flocken [0:00:19]

Unser Schwerpunkt ist diesmal der Atomwaffenverbotsvertrag. Mehr als 80 Länder haben diesen Vertrag inzwischen unterzeichnet und am 22. Januar wird er in Kraft treten. Anlass zu fragen, welche Bedeutung hat diese Vereinbarung?

Ist der Atomwaffenverbotsvertrag ein Schritt zur Überwindung der nuklearen Abschreckung? Oder ist er lediglich symbolischer Natur?

Prössl [0:00:43]

Dazu hat Jerry Sommer recherchiert und mit Experten gesprochen. Darüber wollen wir nun mit ihm sprechen. Hallo Jerry!

Sommer:

Hallo Andreas und Christoph.

Prössl:

Der Atomwaffenverbotsvertrag wird ja am 22. Januar in Kraft treten. Das war ein langer und ziemlich schwieriger Prozess. Vielleicht kannst du uns den nochmal zusammenfassen.

Sommer [0:01:03]:

Ja, das ist tatsächlich eine jahrelange Bemühung und eine lange Geschichte. Es gab viele Staaten, die schon seit vielen Jahren sehr unzufrieden waren mit der Atomwaffenpolitik der Atommächte. Die haben sich im Nichtverbreitungsvertrag oder auch Atomwaffensperrvertrag, wie der manchmal genannt wird, verpflichtet, nuklear abzurüsten bis null - aber sind dem nicht nachgekommen. Und gleichzeitig haben diese vielen Staaten sich überlegt, dass die humanitären Auswirkungen eines Atomwaffeneinsatzes so schrecklich wären, dass man diese Atomwaffen, genau wie Chemiewaffen und biologische Waffen, verbieten muss. Die haben sich zusammengesetzt, 2017 wurde ein Vertrag ausgearbeitet, 122 Staaten haben dem zugestimmt, 86 haben unterschrieben und 51 Parlamente haben ratifiziert. Aus der EU zum Beispiel Österreich, Irland, Malta. Weitere Staaten, die schon ratifiziert haben, sind zum Beispiel Mexiko, Südafrika, Neuseeland, Vietnam - ich will nur einige nennen. Aber es müssen über 50 sein, damit der Vertrag in Kraft tritt und das ist passiert - und am 22.01. tritt er jetzt in Kraft.

Prössl [0:02:22]:

Das ist jetzt der Atomwaffenverbotsvertrag. Ich würde das gern einmal in den Zusammenhang stellen, denn es gibt noch einen anderen Vertrag, der sich mit Nuklearwaffen beschäftigt. Du hast ihn eben erwähnt: den sogenannten Nichtverbreitungsvertrag - oft wird er auch als Atomwaffensperrvertrag bezeichnet. Der verbietet aber doch ebenfalls Atomwaffen oder zumindest die Weiterverbreitung. Inwiefern unterscheidet sich dieser mehr als 50 Jahre alte Vertrag von dem neuen Atomwaffenverbotsvertrag? Man könnte annehmen, dass das fast eine Dublette ist, oder?

Sommer [0:02:55]

Nein, eine Dublette ist es nicht. Der Atomwaffensperrvertrag verbietet keine Atomwaffen. Er erlaubt den fünf Staaten, die damals, als das ausgearbeitet wurde, 1968, Atommächte waren. Er verbietet es nur allen anderen Vertragspartnern, und das sind fast alle Staaten der Welt, Atomwaffen zu entwickeln. Aber es gab natürlich auch Länder, die nicht unterschrieben haben wie Israel, Indien und Pakistan. Nordkorea ist viele Jahre später aus dem Vertrag ausgetreten. Diese vier genannten haben Atomwaffen entwickelt. Wie ich schon vorhin gesagt habe, der Nichtverbreitungsvertrag, der hat die Formulierung, dass man in gutem Glauben Verhandlungen über nukleare Abrüstung bis null führen muss. Also das, was Obama, der vorhin zitiert wurde, 2009 gesagt hat, dass es eigentlich seit 1968 Aufgabe aller Atommächte sei für eine totale Null-Lösung zu werben. Weil sie das nicht tun - das ist der Hintergrund für die Bemühungen - und jetzt eben auch der Erfolg des Atomwaffenverbotsvertrages.

Flocken [0:04:07]:

Also die Erwartung ist, dass es mit der nuklearen Abrüstung nun auch wirklich vorangeht. Aber es hat doch nukleare Abrüstungsschritte gegeben. Während des Kalten Krieges gab es über 50.000 Nuklearwaffen, Tausende waren ja auch in Deutschland stationiert. Die Zahl ist doch erheblich zurückgegangen und es gab ja auch Rüstungskontrollverträge. Mancher erinnert sich vielleicht noch an SALT1, SALT2 oder den Start-Vertrag. Damit wurden doch zwischen Moskau und Washington Obergrenzen für strategische Waffen vereinbart - also strategische Waffen sind weitreichende Atomwaffen, die den anderen Konti-

nennt erreichen können. Und im Augenblick gibt es ja auch noch den New-Start-Vertrag. Rüstungskontrolle ist doch ein Prozess und von heute auf morgen auf Null abzurüsten, das ist doch unrealistisch, oder?

Sommer [0:04:56]:

Ja, aber darum geht es im Atomwaffenverbotsvertrag auch nicht. Es sind viele Atomwaffen nach Ende des Kalten Krieges abgerüstet worden. Aber man darf ja nicht vergessen, wir haben heute immer noch 14.000 Atomwaffen auf der Welt. 90 Prozent davon gehören Russland und den USA - und das ist immer noch ein mehrfacher atomarer Overkill für die Welt. Rüstungskontrolle ist gerade überhaupt nicht populär. Im Gegenteil, die USA haben mehrere Rüstungskontrollverträge gekündigt. Nukleare Abrüstung ist eindeutig ins Stocken geraten. Die Rolle der Nuklearwaffen in der Militärstrategie spielen, nimmt eher wieder zu. Zum Beispiel hat Trump in seiner neuesten Strategie den Atomwaffeneinsatz auch gegen Cyber-Angriffe für möglich erklärt und nicht nur gegen einen atomaren Angriff. Auch sein Vorgänger Obama hat eine Modernisierung in Gang gesetzt und Trump hat sie fortgesetzt, die für das gesamte US-Atomwaffenpotenzial in 30 Jahren 1.200 Milliarden Dollar kosten wird. Da ist die Bereitschaft gegen Null, oder überhaupt weiter abzurüsten, nicht deutlich zu erkennen. Auch die anderen Atomkräfte modernisieren ihre Waffen und Abrüstungsverhandlungen finden gegenwärtig nicht statt. Und das widerspricht den Anforderungen des Nichtverbreitungsvertrags. Das wollen wir mal zitieren. Dort heißt es in Artikel sechs:

Zitat [0:06:26]:

„Jede Vertragspartei verpflichtet sich in redlicher Absicht, Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Prössl [0:06:47]:

Also, wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es den Vorwurf, die Atomkräfte kommen ihren Abrüstungsverpflichtungen nicht richtig nach. Und des-

wegen soll der neue Atomwaffenverbotsvertrag quasi den Abrüstungsbemühungen einen neuen Impuls geben. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist da ganz rigide. Lass uns doch noch einmal aus dem Atomwaffenverbotsvertrag die wichtigste Bestimmung zitieren:

Zitat [0:07:11]:

„Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, unter keinen Umständen jemals Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörpern zu entwickeln, zu erproben, zu erzeugen, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern.“

Prössl [0:07:26]:

Ganz interessant ist ja, dass die Atommächte den Atomwaffenverbotsvertrag ablehnen, also auch die NATO-Staaten, die nicht selbst über Atomwaffen verfügen. Was bringt denn dann dieser neue Verbotsvertrag? Das ist mir noch nicht so ganz klar, ist der Atomwaffenverbotsvertrag damit nicht ausschließlich so eine Art Symbolpolitik ohne eine praktische Bedeutung?

Sommer [0:07:47]:

Was dagegenspricht, dass es nur Symbolpolitik ist, ist zum Beispiel, dass die Atommächte ihn sehr vehement kritisieren. Aber gucken wir uns doch erst einmal die juristische Seite an. Zweifellos ist der Atomwaffenverbotsvertrag ein völkerrechtlich gültiger Vertrag. Und wenn er am 22.01. in Kraft tritt, gilt er. Allerdings sind dann nicht am 23.01. alle Atomwaffen generell verboten, sagte mir der Bochumer Völkerrechtler Professor Hans-Joachim Heintze:

O-Ton Heintze [0:08:20]:

„Er tritt in Kraft für die Staaten, die diesen Vertrag ratifiziert haben. Das heißt also, er ist kein weltweiter Atomwaffenverbotsvertrag, sondern das ist ein Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten dieses Vertrages.“

Flocken [0:08:35]:

Aber das heißt doch, dass die Atomwaffenstaaten nicht gegen Völkerrecht verstoßen, wenn sie Atomwaffen besitzen. Es ändert sich also nichts, weder juris-

tisch noch politisch. Die können dann doch problemlos weitermachen wie bisher.

Sommer [0:08:50]:

Also ich glaube, das wäre ein bisschen einfach, das nur als folgenlos darzustellen. Denn zuerst einmal, ich habe schon erwähnt, der Widerstand aller Atom-mächte und der USA gegen diesen Atomwaffenverbotsvertrag war sehr stark. Sie haben auch Briefe geschrieben, andere unter Druck gesetzt, sie sollten auf gar keinen Fall da mitmachen. Mir scheint es nur erklärbar dadurch, dass sie Angst haben, dass die Ächtung der Atomwaffen, wie in diesem Verbotsvertrag drinsteht, längerfristige juristische Auswirkungen hat, und zwar in dem Sinne, dass das zum Völkergewohnheitsrecht wird. Völkerrecht ist nicht in Stein gemeißelt. Das ist eine Sache, die sich entwickelt. Das also zur juristischen Seite. Und nun zur politischen Seite: Da hat der Verbotsvertrag die Diskussion um Abrüstung und Rüstungskontrolle, glaube ich, doch wiederbelebt. Und das ist auch das Urteil des Sicherheitsexperten Oliver Meier vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg. Das sagt der mir in einem Interview:

O-Ton Meier [0:09:54]:

„Was eingetreten ist, ist, dass eine neue Diskussion entbrannt ist um die Rolle von Atomwaffen in der internationalen Sicherheit und eine neue Debatte angestoßen worden ist über die humanitären Folgen von Atomwaffeneinsätzen. Da liegt eben eine Chance, tatsächlich hier über die Rolle von Nuklearwaffen neu nachzudenken, auch international – und hier die Atomwaffenstaaten ein Stück weit unter Druck zu setzen, weil sie diese Diskussion bisher eben vermeiden wollen.“

Prössl [0:10:29]:

Also wenn ich das richtig verstehe: der Atomwaffenverbotsvertrag hat also vor allem eine Diskussion über die Rolle von Atomwaffen angestoßen. Die NATO-Staaten und die Bundesregierung lehnen allerdings bisher den Atomwaffenverbotsvertrag entschieden ab. Die deutsche Position hat jedenfalls Regierungs-

sprecher Seibert im Oktober auf der Bundespressekonferenz noch einmal klargemacht:

O-Ton Seibert [0:10:49]:

„Wir dürfen nach unserer festen Überzeugung nicht die Augen davor verschließen, dass nukleare Waffen von einigen Staaten immer weiterhin noch als Mittel der militärischen Auseinandersetzung betrachtet werden. Und solange das so ist, und Deutschland und Europa davon auch bedroht sind, besteht aus unserer Sicht die Notwendigkeit zum Erhalt einer nuklearen Abschreckung fort. Diese leistet die NATO für uns und das ist der Grund, warum wir den Atomwaffenverbotvertrag nicht beitreten - während wir dem Atomwaffensperrvertrag seit 50 Jahren angehören.“

Prössl [0:11:20]:

Ja, und diese Position wird ja auch von den anderen NATO-Staaten geteilt. Sie sagen, der Atomwaffenverbotvertrag widerspreche den Sicherheitsinteressen und unterminiere den Nichtverbreitungsvertrag als zentrales Element der globalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsarchitektur. So heißt es zum Beispiel in einer NATO-Erklärung vom Dezember 2020.

Sommer [0:11:41]:

Vielleicht erst zu dem Zitat vom Regierungssprecher Seibert. Der geht ja nicht direkt auf den Verbotvertrag ein und lässt auch außen vor, dass die Bundesregierung oder Deutschland gleichzeitig erklärt, dass sie für eine nukleare Abrüstung und eine Null-Lösung eintreten. In Bezug auf den Verbotvertrag behauptet die Bundesregierung, wie du das eben zitiert hast, genau wie die NATO bisher, dass der Verbotvertrag dem Nichtverbreitungsvertrag widerspricht und ihn unterminiert. Das ist aber wirklich eine gewagte Behauptung. Das sagte mir auch Beatrice Fihn, die Sprecherin von ICAN, der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. Diese Kampagne hat für ihre Arbeit den Friedensnobelpreis vor einigen Jahren erhalten. Und Beatrice Fihn ist auch richtig wütend darauf, dass die NATO und die Regierungen der NATO-Staaten dies behauptet, denn es sei einfach nicht wahr.

O-Ton Fihn [0:12:41]:

„It's really not true. And in fact, the states that have joined the TPNW are some of the sort of most strong supporters of the NPT. It really recognizes the value of the NPT as the cornerstone of non-proliferation and disarmament work. And this treaty is just to take an additional step.”

Sommer [0:12:59]:

Die Atomwaffenverbotsstaaten, sagt sie, die sehen den Nichtverbreitungsvertrag als Eckpfeiler der Abrüstung- und Nichtverbreitungsbemühungen an. Und das stimmt. Genau so steht es wörtlich in der Präambel des Verbotsvertrages. Der Atomwaffensperrvertrag sei - Zitat - „ein Eckpfeiler des nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes“. Darüber hinaus muss man sagen, dass im Verbotsvertrag auch festgehalten ist, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen, die die internationale Atomenergiebehörde mit den einzelnen Ländern abgeprochen hat, auf der Grundlage eben des Nichtverbreitungsvertrages, dass die weiterhin Gültigkeit haben müssen und haben sollen. Meiner Meinung nach kann man wirklich die Behauptung, der Verbotsvertrag unterminiere den Nichtverbreitungsvertrag, nicht mit Fakten untermauern. Das ist eher etwas wie Fake News oder Desinformation der NATO.

Flocken [0:14:04]:

Aber klar ist auch, es gibt jetzt zwei Verträge nebeneinander: den Atomwaffensperrvertrag, beziehungsweise Nichtverbreitungsvertrag, wie manche sagen, und dann gibt es jetzt den neuen Atomwaffenverbotsvertrag. Und beide Verträge haben letztlich das Ziel, jedenfalls langfristig, für eine atomwaffenfreie Welt zu sorgen. So wie es der Präsident Obama 2009 damals in seiner Prager-Rede gesagt hat. Und die Frage ist doch jetzt, ob sich diese beiden Verträge möglicherweise ergänzen können. Konkret: Gibt es Staaten, die beide Verträge unterzeichnet haben, die beiden Verträgen beigetreten sind oder schließt sich das aus?

Sommer [0:14:43]:

Nein, alle Staaten, die den Verbotsvertrag unterstützen, also die 122, die 2017 den Entwurf ausgearbeitet haben, die 86, die unterschrieben haben und auch

natürlich die 51, die den Vertrag schon im Parlament ratifiziert haben - alle diese Staaten sind Mitglieder des Atomwaffensperrvertrages und keiner hat bisher gesagt, dass es da irgendwie wieder raus will.

Prössl [0:15:09]:

Gut, der Verbotsvertrag und der 50 Jahre alte Nichtverbreitungsvertrag schließen sich nicht gegenseitig aus. Soweit habe ich das verstanden. Und aus der Sicht der Nichtregierungsorganisation NGO ICAN schwächt der neue Vertrag auch nicht den Atomwaffensperrvertrag. Aber was bringt der Atomwaffenverbotsvertrag mit Blick auf die angestrebte nukleare Abrüstung, wenn die Atomwaffenmächte nicht dabei sind?

Sommer [0:15:31]:

Das juristische haben wir vorhin schon angesprochen. Er trägt dazu bei, die Atomwaffen als solche zu ächten, ihre Legitimation in Zweifel zu ziehen und eventuell längerfristig diese Ächtung auch zum Völkergewohnheitsrecht für alle zu machen. Politisch setzt es die Atomwaffenstaaten, glaube ich, schon jetzt unter Druck. Ich will nur ein Beispiel nennen: Es haben 56 ehemalige Außen- und Verteidigungspolitiker aus verschiedenen NATO-Staaten und Japan, ein Bündnispartner der USA, eine Erklärung abgegeben, die ihre Regierungen und Parlamente auffordert, dem Verbotsvertrag beizutreten. Diese Erklärung haben unter anderem der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana, ein Spanier, und sein belgischer Kollege, Willy Claes, unterschrieben. Aus Deutschland haben die ehemaligen Minister Joschka Fischer und Rudolf Scharping unterschrieben. Laut Umfragen sind Mehrheiten in mehreren europäischen NATO-Staaten für den Verbotsvertrag. In Belgien prüft die Regierung positive Wirkungen des Verbotsvertrages.

Flocken [0:16:48]:

Das ist interessant. Denn Belgien ist ja ein NATO-Mitglied. Also ist die Position der NATO-Länder dann offenbar doch nicht ganz so einheitlich und geschlossen, wie der amtierende NATO-Generalsekretär Stoltenberg immer gerne behauptet. Denn in Belgien sind ja auch noch, wie in Deutschland, US-Atomwaffen stationiert. Und die Experten sprechen in diesem Zusammenhang

immer gerne von der sogenannten nuklearen Teilhabe. Das heißt, gegebenenfalls würden belgische oder auch deutsche Kampfflugzeuge mit US-Atomwaffen ausgerüstet. Wenn Belgien als NATO-Mitglied sich dem Atomwaffenverbotsvertrag anschließen würde, dann wäre das ja ein riesiger Dammbuch für die NATO-Position, oder?

Sommer [0:17:26]:

Natürlich, das wäre ein Dammbuch im Rahmen der NATO. Aber mit solch einem Dammbuch rechne ich erst einmal nicht. Im Augenblick geht es wohl vor allem darum, dass sich auch manche NATO-Regierungen überlegen, beziehungsweise dazu gedrängt werden, eine weichere Position gegenüber dem Verbotsvertrag einzunehmen, von der starren Ablehnung und Verurteilung des Verbotsvertrages wegzukommen. Eine Hoffnung oder auch ein gutes Ziel ist, mit der Mehrheit aller Staaten in der Diskussion zu bleiben, die den Verbotsvertrag unterstützen.

Flocken [0:18:03]:

Aber ist nicht eine ganz zentrale Frage, die Frage nach der Rolle und der Relevanz der nuklearen Abschreckung? Die NATO und auch andere Experten sagen ja, dass durch die nukleare Abschreckung Kriege verhindert werden. Und wir haben das vorhin auch bei der Aussage von Regierungssprecher Seibert gehört, die Annahme ist: Atomwaffen dienen nicht der Kriegsführung, sondern sollen ein Angriff verhindern. Da wird dann immer wieder auf den Kalten Krieg verwiesen. Dort habe die nukleare Abschreckung zwischen Ost und West funktioniert. Nach dem Motto: „wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“. Das ist eben Abschreckung. Es hat ja in der Tat keinen Krieg zwischen NATO und Warschauer-Pakt gegeben. Also: Atomwaffen als Sicherheitsgarantie nicht angegriffen zu werden, so wird ja häufig argumentiert. Was sagen denn die Anhänger des Atomwaffenverbotsvertrages genau zu diesem Argument?

Sommer [0:18:57]:

Sie weisen darauf hin, dass die angebliche Sicherheit ja nur so lange gilt, solange kein Ernstfall eintritt. Denn würden Atomwaffen eingesetzt, erst recht zwischen Russland und den USA, dann hätte das verheerende Folgen. Aber

auch schon ein Atomwaffeneinsatz zwischen Indien und Pakistan hätte Folgen, nicht nur für die Region, sondern - über Wetterveränderung, Dürre, Radioaktivität - Folgen für Hunderttausende außerhalb dieser Region. Das ist das erste Argument. Deutschland zum Beispiel wäre eine Wüste, wenn es zu einem Nuklearkrieg käme. Ein zweites Argument der Verbotsvertragsbefürworter ist, dass gegenwärtig die Gefahren der Atomwaffen, neuer Cyber-Waffen, Hyperschallwaffen und anderem, zunehmen. So haben es auch die 56 Außenminister und Verteidigungsminister und der Ex-Generalsekretär Solana in ihrer Erklärung geschrieben. Dabei muss man auch berücksichtigen, die Welt war schon vor diesen neuen Technologien in politischen Krisen oder aufgrund von Fehlalarmen oft am Rande einer Katastrophe während des Kalten Krieges. Aber das letzte und wichtigste Argument, was die Befürworter des Verbotsvertrages sagen, ist, kein Atomwaffeneinsatz ist denkbar, der dem allgemein gültigen humanitären Völkerrecht entspricht. Denn dieses Völkerrecht verbietet kategorisch im Kriegsfall Zivilisten unverhältnismäßig zu Schaden kommen zu lassen. Und genau deshalb wollen die, das, wie Chemiewaffen und Biowaffen, auch die Atomwaffen aus rein humanitären und juristischen Gründen mit Bezug auf das humanitäre Völkerrecht, verboten werden.

Prössl [0:20:51]:

Was ich jetzt noch nicht so ganz verstehe ist, wir konzentrieren uns in der Diskussion ja oft auf die fünf offiziellen Atommächte, also die Staaten, die dem Nichtverbreitungsvertrag beziehungsweise Atomwaffensperrvertrag angehören, also USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien. Aber die anderen vier, also vielleicht kann man sagen die nichtoffiziellen Atommächte, also Israel, Nordkorea, Pakistan, Indien, die sehen doch Atomwaffen als Rückversicherung für ihre eigene Sicherheit. Und ich kann mir da irgendwie nicht vorstellen, dass Pakistan auf Atomwaffen verzichten würde, weil es Indien bei den konventionellen Streitkräften ja dann doch deutlich unterlegen ist.

Sommer [0:21:29]:

Als Sicherheitsgarantie, so sehen es nicht nur die von dir genannten Staaten Pakistan, Indien, Nordkorea etc., sondern genauso argumentieren auch die sogenannten offiziellen Atommächte. Aber um auf die Frage einzugehen: die

Überlegung der Verbotsvertragsunterstützer ist, dass mit einer Stigmatisierung der Atomwaffen in der internationalen Diskussion erreicht werden soll, dass die Haupt-Atomkräfte weiter abrüsten und dass man dann auch diese Outsider Israel, Pakistan, Indien, Nordkorea eher dazu bekommt, ihre Nuklearstrategie zu überdenken. Man darf auch nicht vergessen: diese neuen Atomkräfte sind ja nicht Teil des Nichtverbreitungsvertrags. Insofern hilft der Nichtverbreitungsvertrag da auch nicht weiter, sondern da sind regionale Lösungen nötig.

Flocken [0:22:24]:

Jetzt aber noch einmal zurück nach Deutschland. Die Bundesregierung lehnt den Atomwaffenverbotsvertrag ab. Aber wie sieht es bei den Parteien aus? Die Position muss ja nicht unbedingt in Stein gemeißelt sein - und in diesem Jahr haben wir ja bekanntlich eine Bundestagswahl. Ist da etwas in Bewegung?

Sommer [0:22:42]:

Ich sehe schon, dass da was in Bewegung gekommen ist. Neben der Partei Die Linke fordern auch die Grünen in einem jüngst verabschiedeten Grundgesetzprogramm den Beitritt Deutschlands zum Verbotsvertrag. Und auch in der SPD hat ein Umdenken eingesetzt. Es hat in den letzten Tagen des letzten Jahres die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gabriele Heinrich von der Bundesregierung gefordert „ihre kategorische Ablehnung des Vertrages abzulegen“. Und wie du richtig gesagt hast: es ist Bundestagswahlkampf, danach sind Koalitionsverhandlungen. Also die Diskussion wird weitergehen.

Prössl [0:23:22]:

Also ich frage noch einmal: Ein Beitritt Deutschlands zum Verbotsvertrag - wäre das denn überhaupt möglich? Deutschland ist ja Mitglied der NATO, also einer nuklearen Allianz. Es wird auch immer sicherheitspolitisch argumentiert, dass man von diesem Schutz profitiere, und man hat US-Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert und stellt auch mit der nuklearen Teilhabe Kampfflugzeuge zur Verfügung, die diese Atomwaffen im Kriegsfall ins Ziel befördern sollen.

Sommer [0:23:51]:

Ja, das klingt so schön „die ins Ziel tragen sollen“. Wie gesagt: die Folge wäre, dass danach ein Atomkrieg, mit einer Wüste bei uns, das Ergebnis ist. Aber zur Frage: juristisch möglich wäre eindeutig ein Beitritt Deutschlands zum Verbotvertrag. Die NATO-Mitgliedschaft allein wäre kein Hindernis. So sehen das zum Beispiel auch der ehemalige NATO-Generalsekretär Solana und sein Kollege Claes in ihrer Erklärung. Aber der Verbotvertrag geht eindeutig davon aus, dass Staaten, die ihm beitreten und die Atomwaffen besitzen, beziehungsweise auf ihrem Boden lagern, einen Plan vorlegen müssen, wie sie diesen Zustand verändern, damit diese verbotsvertragswidrigen Aktivitäten beendet werden. Für Deutschland würde ein Beitritt bedeuten, die US-Waffen müssen vom deutschen Boden entfernt werden und entsprechend dem Verbotvertrag, dürfte Deutschland nicht an der Planung für den Einsatz teilnehmen oder auch eine Androhung des Einsatzes von Atomwaffen befürworten. Das ging aber auch mit NATO-Mitgliedschaft. Aber der Beitritt Deutschlands zum Verbotvertrag ist natürlich umstritten. Und auch Sicherheitsexperte Oliver Meier vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg befürwortet ihn gegenwärtig nicht.

O-Ton Meier [0:25:13]:

„Ich glaube, ein Beitritt Deutschlands im Moment und auf absehbare Zeit, wäre mit so hohen politischen Kosten verbunden, dass das nicht realistisch erscheint und unter den gegebenen Umständen wahrscheinlich auch nicht wünschenswert wäre, weil man sich eben in der NATO dann tatsächlich doch sehr stark isolieren würde und hier einen Bruch in der Allianz vollziehen müsste.“

Flocken [0:25:37]:

Ein deutscher Beitritt zum Atomwaffenverbotvertrag ist nicht realistisch und gegenwärtig nicht wünschenswert, so sagt es Oliver Meier. Aber wie siehst du das?

Sommer [0:25:48]:

Nicht realistisch - das sehe ich genauso. Denn ich glaube, dass sowohl SPD als auch Grüne zum Beispiel, wenn sie sich nach den Bundestagswahlen in

Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU befinden, dass sie den Verbotsvertrag nicht zum Knackpunkt machen würden. Aber ich persönlich glaube schon, dass es wünschenswert wäre, wenn Deutschland eine eigene atomwaffenkritische Position in der NATO konsequent vertreten würde. Das hätte eine Art Vorbildfunktion meiner Meinung nach und es würde auch die nukleare Abrüstung ein wenig voranbringen. Und uns in Deutschland würde das Geld sparen, weil wir jetzt planen, Milliarden Euro für neue deutsche Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, die diese Atomwaffen ins Ziel befördern sollen. Aber selbst, wenn man nicht so weit geht, also nicht sagt, wir müssen jetzt in diesem Verbotsvertrag beitreten, gibt es unterhalb der Schwelle des Beitritts Möglichkeiten für Deutschland die Initiative Verbotsvertrag positiv zu unterstützen. Das meint zum Beispiel Oliver Meier vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, aber auch die SPD-Politikerin Gabriela Heinrich. Die haben sich beide dafür ausgesprochen, dass Deutschland bei der ersten Konferenz der Atomwaffenverbotsvertragsstaaten, die wahrscheinlich in diesem Jahr stattfinden wird, sich als Beobachter beteiligt. Darüber hinaus könnte Deutschland mehr tun, so Oliver Meier in dem Gespräch mit mir:

O-Ton Meier [0:27:24]:

„Ich halte es auch für sinnvoll, dass Deutschland beispielsweise in der NATO darauf drängt, mehr Transparenz zu zeigen, aber auch zu diskutieren, auch mit den anderen Atomwaffenbesitzern, wie denn die Planungen zu Atomwaffeneinsätze in Einklang zu bringen sind mit Regeln des humanitären Völkerrechts. Es ist eben wichtig, jetzt hier auch mehr Transparenz zu zeigen und zu diskutieren, ob überhaupt und wenn ja, wie hier Atomwaffeneinsatzplanungen diesen Anforderungen des Kriegsvölkerrechts gerecht werden.“

Prössl [0:27:57]:

Mehr Transparenz über nukleare Einsatzplanung, so habe ich das jetzt verstanden. Aber das ist ja dann ein sehr bescheidenes abrüstungspolitisches Ziel...

Sommer [0:28:07]:

Ja, das ist nicht der große Wurf. Aber es ist immerhin ein kleiner Schritt, der nämlich die Befürworter nuklearer Abschreckung dazu bringt, sich mit dieser Frage überhaupt auseinanderzusetzen. Das ist nicht einfach, da werden sie sich schon argumentativ ganz schön verrenken müssen. Und, das ist auch der Gedanke von Oliver Meier, sie sollen das transparent machen in einer Diskussion, auch mit den Nicht-Atomwaffen Ländern. Denn wie schon gesagt: ein Atomwaffeneinsatz ist nur möglich, wenn man Zivilisten unverhältnismäßig tötet und insofern eben völkerrechtswidrig. Wenn die Atomwaffenstaaten in so einer Diskussion sind, dann könnte das den Druck erhöhen, die Rolle und die Menge an Nuklearwaffen zu reduzieren. Aber es sind natürlich noch mehr Dinge möglich oder sogar nötig, die man von den Atomwaffenstaaten fordert, um die nukleare Abrüstung voranzubringen. Zum Beispiel, so sagte mir die Sprecherin der ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen, Beatrice Fihn, dass die Atomwaffenstaaten festschreiben sollen, dass sie niemals als erste Atomwaffen einsetzen. Beatrice Fihn:

O-Ton Fihn [0:29:32]:

„There are steps can be taken very fast, such as a no first use, for example, commitment to cut some of these huge modernization programs and investments in nuclear weapons that are being proposed right now.“

Sommer [0:29:43]:

Und so Beatrice Fihn weiter, die Atomwaffenstaaten sollten ihre riesigen laufenden Programme zur Modernisierung der nuklearen Arsenale zurückfahren und auch natürlich den New-Start-Vertrag verlängern, den einzigen noch in Kraft befindlichen Rüstungskontrollvertrag. Und sie sollen auch mit allen anderen Atommächten sprechen, also auch Frankreich, Großbritannien und China, die waren ja bisher noch nie an Atomwaffen- Rüstungskontrollverhandlungen beteiligt. Die sollen auch mit reingeholt werden.

Flocken [0:30:19]:

Wenn also Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen zwischen den Atommächten stattfinden müssen, das ist, glaube ich, unbestritten - dazu ist es aber doch nicht unbedingt notwendig, den Verbotsvertrag zu haben. Hat also

der Atomwaffenverbotsvertrag letztlich nicht doch eher eine symbolische Bedeutung?

Sommer [0:30:40]:

Politik ist ein langer Prozess. Lass uns das mal in zehn Jahren wieder diskutieren, welche Rolle dieser Verbotvertrag und die Diskussion darüber einnimmt. Eine symbolische Bedeutung, glaube ich, ist wirklich zu wenig, weil er tatsächlich den politischen Druck erhöht. Und als solches ist er wichtig. Aber man muss ihn natürlich auch richtig einordnen. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist nicht ein Abrüstungsvertrag, er kann bestenfalls den Weg dazu ein bisschen ebnen.

Prössl [0:31:14]:

Vielen Dank für die Recherche Jerry Sommer. Das erwähnte Interview von dir mit Oliver Meier vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik IFSH findet ihr auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter: ndr.de/Streitkraefte.

An dieser Stelle sage ich Tschüss, mein Name ist Christoph Prössl.

Flocken [0:31:36]:

Und ich bin Andreas Flocken und ich sage auch Tschüss.